

## Protest gegen Kiesabbau

Die CDU/FDP Regierung NRW beschloss 2020 per Gesetz, dass Kiesunternehmen nun auch noch in Wasserschutzgebieten baggern dürfen. Die Frage ist: wofür? Die Kies-/Sandförderung in NRW zwischen 2009 und 2018 betrug 348,5 Millionen Tonnen, wovon 165 Millionen Tonnen in den lukrativeren Export gingen, das heißt fast die Hälfte! Das niederländische Versorgungskonzept lautet weitgehend: Versorgung durch Import zum Schutz von Natur, Grundwasser und Siedlungssicherheit der Bürger.

Kiesgewinnung schafft keine dauerhaften Arbeitsplätze. Sie vernichtet diese sogar in der Landwirtschaft, in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen und ist letztlich eine Vermögensumschichtung zugunsten weniger Privatunternehmen. Alleine durch den Kies-/Sandexport verlieren durch die damit einhergehende Landvernichtung rund 4000 Menschen pro Jahr ihre Selbstversorgungsbasis mit heimischen Lebensmitteln. Das Bundesverfassungsgericht urteilte bereits 1963: „Die Sicherstellung der Volksernährung dient dem öffentlichen Interesse“ (= Verfassungsrang).

Kiesunternehmen haben dabei große privatwirtschaftliche Vorteile, doch werden die entstehenden enormen Ewigkeitsschäden auf Allgemeinheit und Folgegenerationen abgewälzt.

Kiesunternehmen argumentieren öffentlich, dass Kies/Sand für Haus-, Straßen- und Brückenbau benötigt werde. Ebenso mit dem von der Kieslobby übernommenen, gleichen Vokabular von NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart und sogar Umweltministerin Heinen-Esser. Das stimmt aber nur zum Teil, da der immense lukrativere Export dabei völlig ausgeblendet wird. Ebenso neue Technologien, bei denen Beton in seine Einzelteile recycelt wird.

Landesplanerisch besteht überhaupt kein Erfordernis, die Rohstoffsicherung für Exportkies mit dem damit verbundenen Flächenverbrauch sicherzustellen.

Dr. Leo Rehm  
Rees